

Verhandlungserfolg für die Gewerkschaft Sintracarbón

Nach langen und überaus zähen Verhandlungen konnte die Gewerkschaft Sintracarbón mit der Kohlemine El Cerrejón einen neuen Tarifvertrag aushandeln. Der Vertrag wurde nur Stunden vor dem Beginn eines Streiks von beiden Seiten unterzeichnet. Ausschlaggebend für die Einigung in letzter Minute war die internationale Solidarität sowie die Vermittlung des Vizepräsidenten Kolumbiens, Angelino Garzón, selber ehemaliger Gewerkschafter.

Die Verhandlungen begannen am 9. Dezember 2010 und wurden nach 20 Tagen um weitere 20 Tage verlängert. Am 17. Januar 2011 endete die gesetzliche Verhandlungsfrist. Zwischen dem 18. und 26. Januar 2011 fanden an allen Standorten Abstimmungen der Gewerkschaftsbasis statt, ob der kollektive Arbeitskonflikt einem Schiedsgericht zugeführt oder ob ein Streik ausgerufen werden soll. Trotz einer regelrechten Angstkampagne der Minenbetreiberin stimmten 96,4% der Arbeiter für den Streik, im Wissen darum, dass es hart und gefährlich werden würde. Die Gewerkschaft hätte bis am 8. Februar um Mitternacht Zeit gehabt, um den Streikbeginn auszurufen. Auch während der Abstimmung über den Streik wurde weiter verhandelt. Das Unternehmen machte ein weiteres Angebot am 24. Januar, was der Gewerkschaft aber immer noch nicht genügte. Angelino Garzón schaltete sich als Vermittler ein und die Mine Carbones del Cerrejón verbesserte ihr Angebot am 4. Februar noch einmal. So kam es am 4. Februar zu einer grundsätzlichen Einigung der beiden Verhandlungsequipen über den neuen Tarifvertrag. Am 5. und 6. Februar wurde das Verhandlungsergebnis mit der Gewerkschaftsbasis konsultiert. Die Arbeiter stimmten dem Verhandlungsergebnis mehrheitlich zu. Am 7. Februar 2011 wurde der neue Vertrag ausformuliert und am 8. Februar von beiden Seiten unterzeichnet.

Die umstrittenen Punkte waren: die Dauer des neuen Tarifvertrages (5 Jahre Vorschlag Cerrejón, 2 Jahre Vorschlag Sintracarbón), die Lohnerhöhung und diverse Zuschüsse, Subventionen und Boni; die Gesundheitsvorsorge und Krankenversicherung sowie die Situation der Temporärarbeiter und Gewerkschaftsrechte. Die Gewerkschaft führte folgende Argumente ins Feld: die Kohlenmine El Cerrejón befinde sich in einer hervorragenden finanziellen Situation mit steigenden Gewinnen, während sie dem Staat kaum Steuern bezahle; die Arbeiter, die diese Gewinne ermöglichen, haben zu wenig Anteil am guten Geschäftsgang, viele befinden sich zudem in finanziell angespannten Situationen, haben Schulden etc.; viele Arbeiter sind auf Grund ihrer Tätigkeiten in der Mine krank, haben aber keinen ausreichenden Zugang zu medizinischen Spezialisten und keine genügenden Versicherungsleistungen bei vorübergehender oder permanenter Arbeitsunfähigkeit; nebst einer Ausdehnung diverser Subventionen und Stipendien für die Arbeiter und deren Familienangehörigen forderte die Gewerkschaft auch mehr soziale Investitionen in den

umliegenden Dörfern und in der Guajira allgemein, sowie eine Lösung für die über 4000 Temporär- und Leiharbeiter, die viel schlechtere Arbeitsbedingungen und keine Gewerkschaftsrechte haben.

Correjón antwortete darauf, das Geschäft laufe schlecht, da Preise für Pneu, Treibstoff usw. sowie die Transportkosten für die Kohle massiv gestiegen seien und gewisse Steuererleichterungen ausgelaufen seien. Die Forderungen der Gewerkschaft würden die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Mine gefährden. Zudem präsentierte Correjón missverständliche Daten über die Löhne der Minenarbeiter, um in der allgemeinen Bevölkerung Stimmung gegen die Gewerkschaft zu machen. Zudem warf sie der Gewerkschaft vor, sie vertrete gar nicht wirklich die Interessen der Arbeiter, sondern gehorche politischen Interessen von Parteien aus Bogotá (gemeint war der linke Polo). Im Hinblick auf den Streik warnte die Mine vor den grossen Einnahmeausfällen für das Departement Guajira (Steuern, Royalties, aber auch Lohnausfälle etc.).

Die ganzen Verhandlungen fanden in einem extrem angespannten Klima statt, beide Seiten machten Aussagen, die auf eine Diffamierung und potentielle Gefährdung des Gegners hinausliefen. Besonders kritisch war, dass Correjón durch die Veröffentlichung zu hoher respektive missverständlicher Lohnsummen versuchte, in der Bevölkerung Missgunst und Unverständnis für den Arbeitskampf zu wecken und der Gewerkschaft vorwarf, nicht legitime Arbeiterinteressen sondern politische Interessen zu vertreten und so der ganzen Region und ihrer Wirtschaft zu schaden. Während den laufenden Verhandlungen kam es zudem am 18. Januar zu einem Anschlag auf die Zuglinie, was das Klima zwischen Gewerkschaft und Unternehmen einen Moment lang weiter vergiftete und sich beide Seiten beschuldigten, irgendwelche Mitverantwortung in den Anschlag hineinzuprojizieren.

Als Fazit ist festzuhalten, dass der Arbeitskonflikt sehr hart war, und dass es für die Arbeiter und die Bevölkerung schwierig ist, ihren Anteil an den Gewinnen zu erkämpfen, gegenüber einem Bergbau- und Wirtschaftssektor, der sich durch die bedingungslose Förderung durch die Regierung der letzten 8 Jahre im rücksichtslosen Gewinnstreben gestärkt fühlt. Correjón sieht sich selber als eine Pionier- und Modellfirma im Bereich nachhaltiger Bergbau und soziale Unternehmensverantwortung, u.a. mit einer umfassenden Menschenrechtspolitik. Die Art und Weise, wie das Unternehmen diesen Arbeitskonflikt geführt und darüber kommuniziert hat, wirft jedoch ein schlechtes Licht auf all die schönen, in Hochglanzbroschüren präsentierten Unternehmenspolitiken. Zum Glück war es Dank der starken internationalen Solidarität – auch aus der Schweiz und Deutschland – und der Vermittlung durch den kolumbianischen Vizepräsidenten in letzter Minute möglich, ein befriedigendes Abkommen auszuhandeln. Ein Streik hätte auch angesichts der kritischen Sicherheitslage in der Guajira unabsehbare negative Konsequenzen haben können.

Bern, 20. Februar 2011

Stephan Suhner, Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien / Vorstandsmitglied MultiWac
